

Haushaltsrede von Kämmerin Carolin Stich zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024

Gehalten im Rat der Gemeinde Anröchte am 30.01.2024

Es gilt das gesprochene Wort.

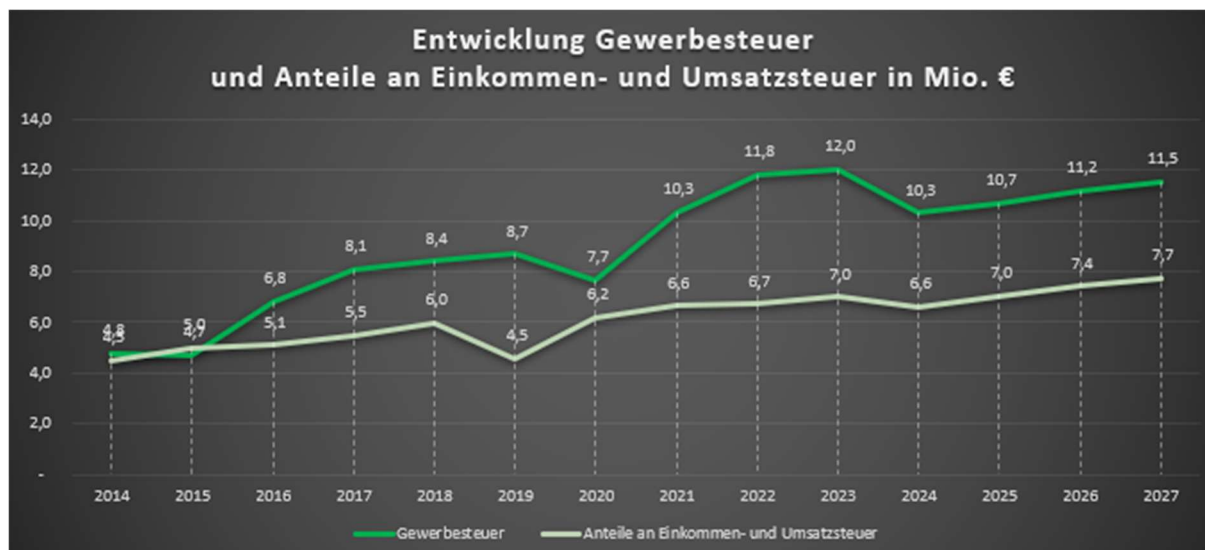
Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, verehrte Vertreter der Presse,

Bürgermeister Alfred Schmidt hat in seiner Rede soeben zum einen die allgemeinen Einflussfaktoren und die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt als auch bereits Ableitungen für unsere Gemeinde Anröchte gemacht.

Es liegt nun an mir, die verschiedenen Aspekte im Detail zu beleuchten. Dabei werden wir teilweise in die Vergangenheit schauen und ganz nebenbei die Gründe für die Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Ergebnissen in den letzten Jahren aufdecken. Das wesentliche Ziel ist aber, verständlich zu machen, dass die vorliegenden Planungen etwas grundlegend anderes sind als in den Jahren zuvor und die Lage entsprechend deutlich ernster ist.

Vorab soll angemerkt werden, dass die hier vorgestellten Zahlen für 2021-2023 vorläufig sind. Die Werte für 2024-2027 entsprechen den Planzahlen des Haushaltsentwurfes.

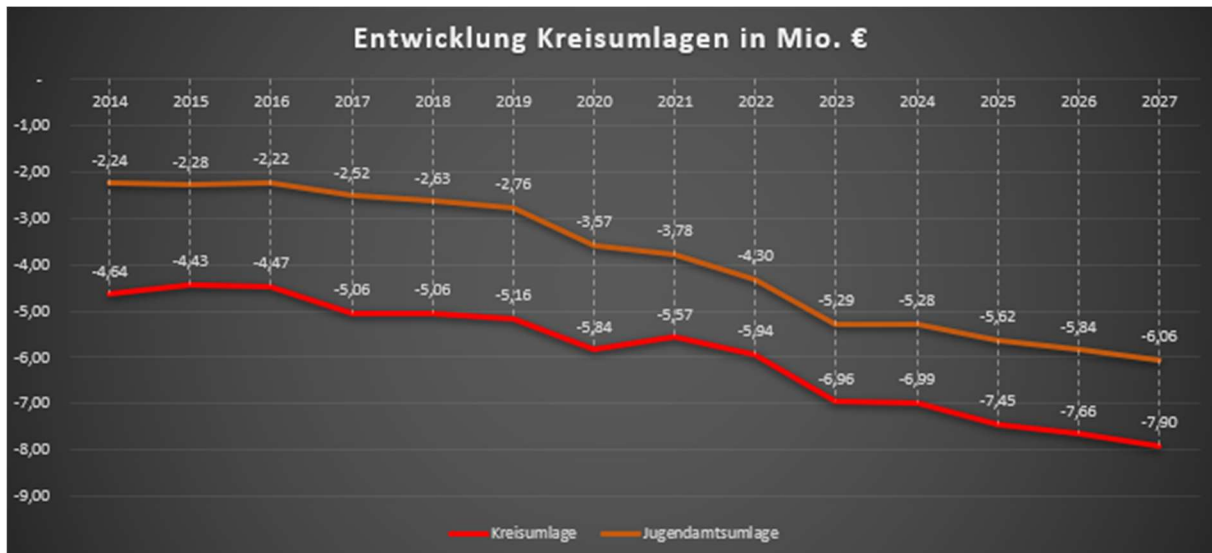
Ein Finanzbericht in Anröchte fängt erfahrungsgemäß mit den größten Ertragspositionen an. Zuerst einmal widmen wir uns also den positiven Entwicklungen bei den Gewerbesteuererträgen (Dunkelgrün) sowie den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer (Hellgrün).



Es ist ersichtlich, dass sich die Gewerbesteuer seit 2014 mehr als verdoppelt hat. Der überragenden Entwicklung stehen die Planzahlen für den Mittelfristzeitraum nicht entgegen. Im Gegenteil, wir erwarten weiterhin sehr gute Erträge. Die Vorauszahlungen für 2023 betragen zwar nur 9 Mio. €, die Erfahrung und gesicherte Hinweise auf Nachzahlungen lassen aber eine solch positive Planung zu. In diesem Punkt haben wir unsere zuletzt konservative Herangehensweise hin zu einer wirklichkeitsgetreueren Planung angepasst. Die Erträge aus

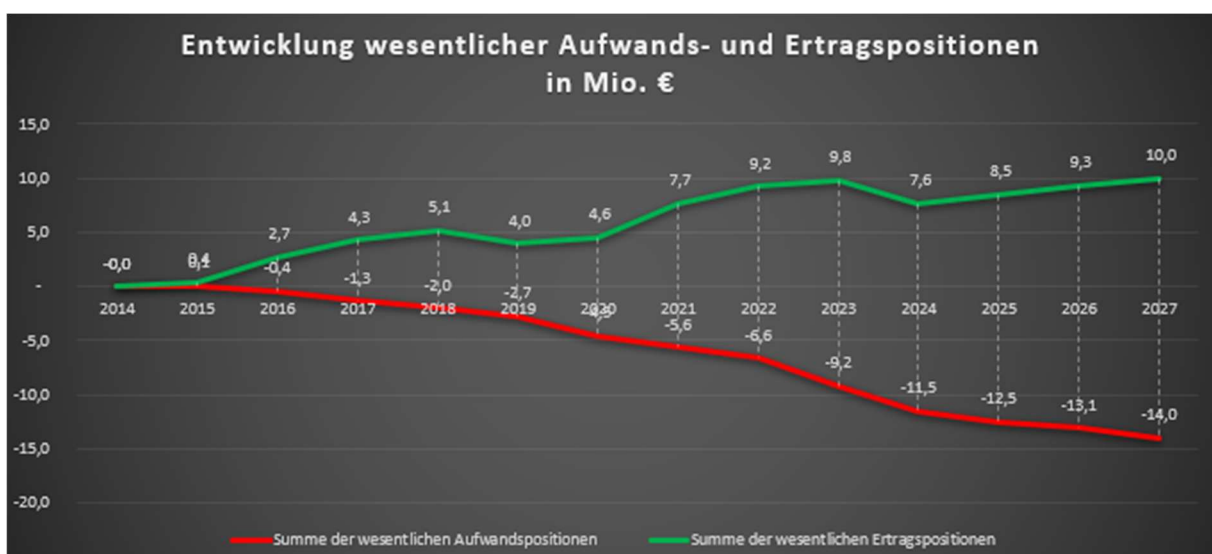
den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer folgen dieser Entwicklung, wobei hier externe Quellen als Grundlage für die Planung dienen.

Den positiven Entwicklungen stehen allerdings eine Reihe von negativen Aspekten entgegen. Als Ausfluss des Ukraine-Krieges können das hohe Zinsniveau, die anhaltende Inflation und zuletzt auch die überdurchschnittlichen Steigerungen bei den Personalkosten auf Basis der Tarifanpassungen benannt werden, die selber wieder auf den zuvor benannten Punkten gründen. Neben gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen treffen die negativen Aspekte auch auf die Kreise zu, weswegen die Umlagen, als ein zentraler Einflussfaktor auf die Ergebnisse, ebenfalls deutlich steigen. Folgende Graphik verdeutlicht dies:

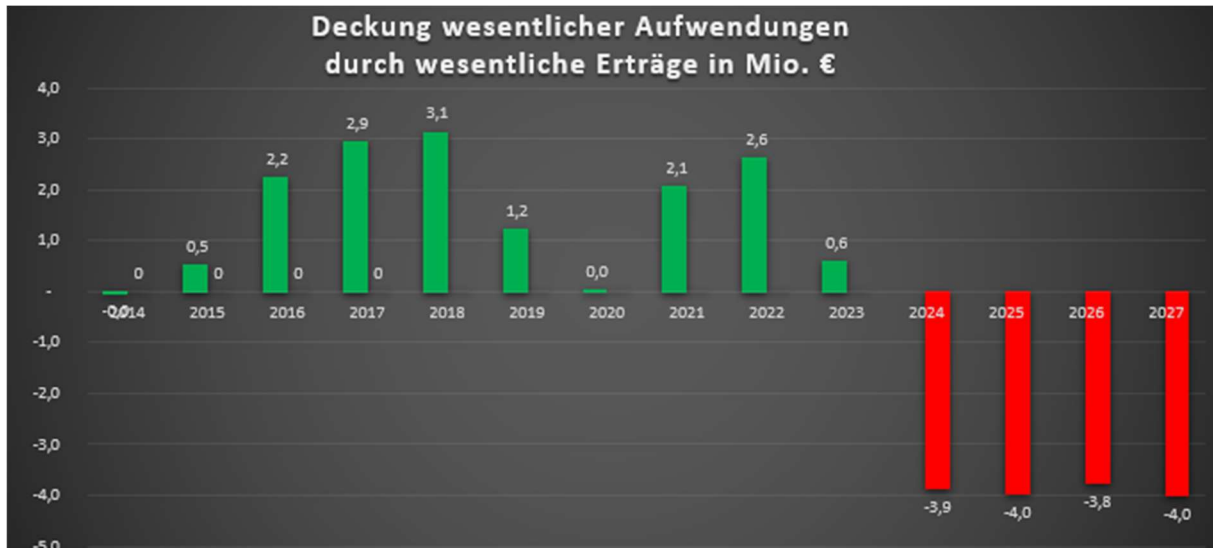


Die in hellrot dargestellte Jugendamtsumlage wird sich demnach seit 2014 gegenüber 2027 fast verdreifachen. Wenn man zeitlich noch etwas weiter zurückginge, so könnte man sagen, dass sich die Kreisumlage gegenüber 2027 fast verdoppeln wird. Dabei versucht der Kreis bereits die Kosteneinschläge über die dortigen Rücklagen abzufangen. Am Ende des Mittelfristzeitraums ist die Ausgleichsrücklage des Kreises planmäßig aber aufgebraucht. Die Folge können nur überdurchschnittlich hohe Umlagekosten ab 2028 bedeuten.

Insgesamt erleben wir also sowohl Steigerungen der Erträge als auch der Aufwendungen. Dies lässt sich graphisch wie folgt darstellen:



Wesentliche Ertragspositionen, wie Gewerbesteuer und Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer, sind in grün dargestellt. Zu den wesentlichen Aufwandspositionen zählen die Kreis- und Jugendamtsumlage, Personalaufwendungen, Zinsen sowie Gebäude- und Straßenunterhaltung. Die entscheidende Frage lautet, ob die Zuwächse der Erträge die Aufwendungen decken können.



Für die vergangenen Jahre ist die Frage mit „ja“ zu beantworten. Doch für künftige Jahre ist eine mehr als deutliche Deckungslücke zu erkennen, hier in rot dargestellt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass in dieser Darstellung noch keine allgemeinen Preissteigerungen oder auch die Änderung des Kommunalabgabengesetzes in Sachen Eigenkapitalverzinsung enthalten sind. Letztere entlastet zwar die Bürger, trifft den Haushalt aber mit Mindererträgen von rd. 0,5 Mio. €.

Ich habe versprochen, dass wir heute verstehen werden, warum die Ergebnisse der Vorjahre immer über den Planwerten lagen. Die vorsichtigen Planungen bei der Gewerbesteuer hatten wir bereits benannt. Ein weiterer gewichtiger Grund für die Abweichungen liegt in den noch nicht umgesetzten Maßnahmen. Folgende Folie stellt die Entwicklung der Investitionsmaßnahmen, technisch gesagt dem Saldo aus der Investitionstätigkeit, dar:



Für den Mittelfristzeitraum ist eine ganz klare Investitionsspitze zu erkennen. Dahinter verbergen sich bauliche Maßnahmen wie die Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser aber

auch vergleichsweise kleinere Maßnahmen, die über einige Jahre hinweg geschoben wurden. Für die letzten Jahre seit 2020 lässt sich dies auf Corona und diverse Personalengpässe zurückführen. Somit ist aber klar, dass wenn keine Auszahlungen getätigt werden, z.B. auch keine Notwendigkeit für die Aufnahme von Krediten besteht oder Abschreibungen anfallen. Die Ergebnisse werden mithin besser als geplant.

Das gleiche Bild wie bei den Investitionen zeigt sich auch bei den Instandhaltungsmaßnahmen, von denen ebenfalls immer wieder viele in Folgejahre verschoben werden mussten:



Bei den Gebäuden ist kürzlich auch die Gemeindeprüfungsanstalt zu dem Ergebnis gekommen, dass mit Mehrbedarf für die Unterhaltung im Mittelfristzeitraum zu rechnen ist.

Zu guter Letzt zu diesem Punkt möchte ich Ihnen noch den Verlauf der Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich Straßen, Wege und Plätze zeigen.

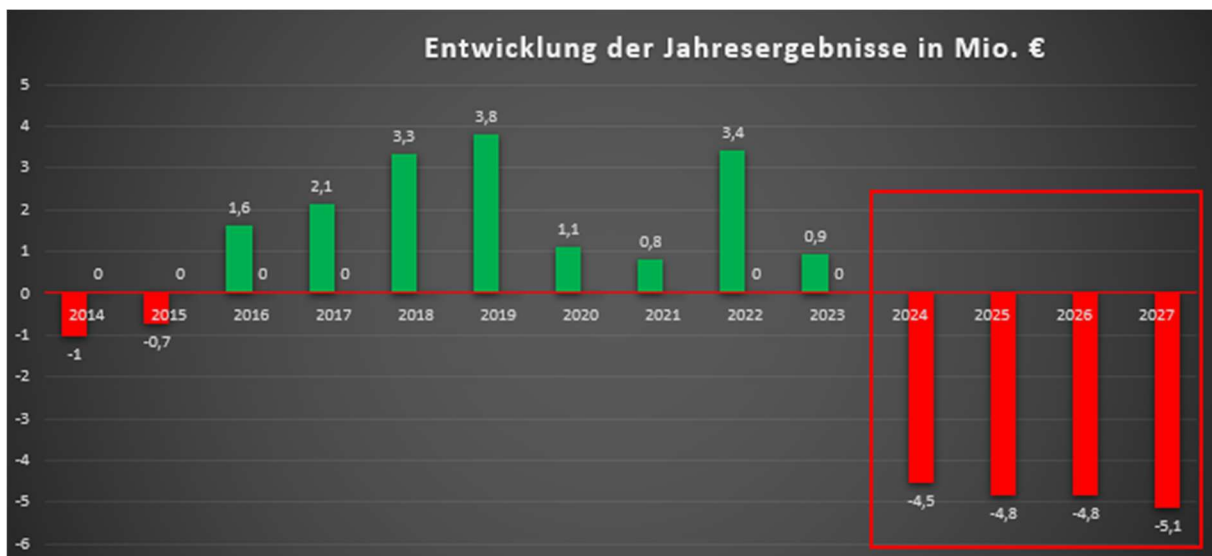


Bis auf einen Ausreißer in 2021 werden für 2024 bis 2027 deutlich mehr Aufwendungen prognostiziert als noch in Vorjahren aufgelaufen sind. Hintergrund sind sicherlich die in den Jahren 2020 und 2021 erstellten Straßen- und Wirtschaftswegekonzepte.

Ohne die Details der Planergebnisse zu kennen, könnte man jetzt bereits schlussfolgern, dass einige Maßnahmen ja auch wieder verschoben werden könnten, um die Ergebnisse zu

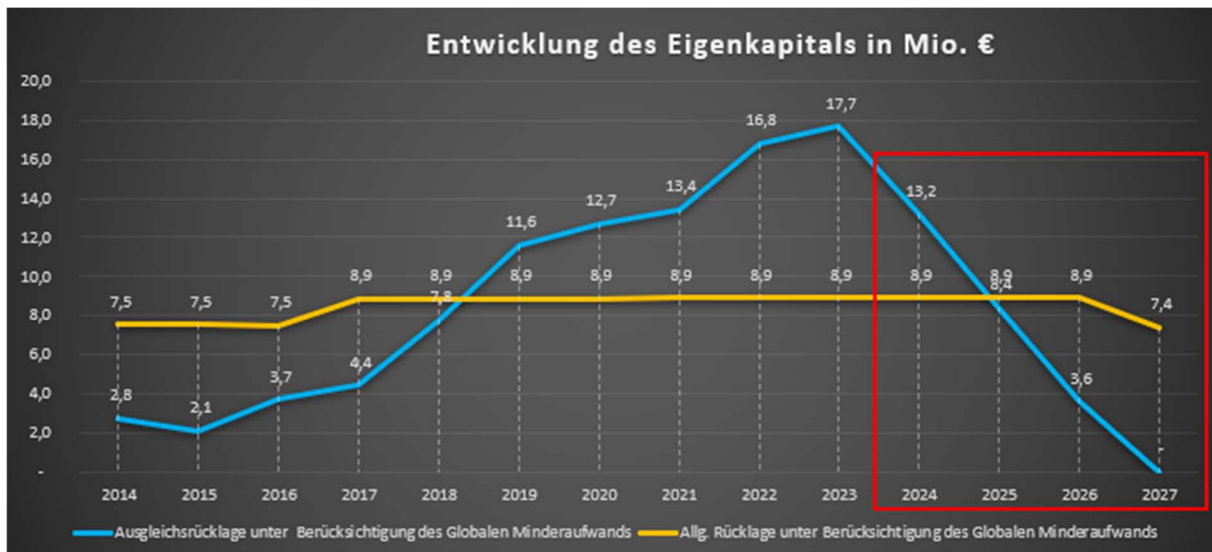
verbessern. Dort wo das möglich ist ohne die gleichzeitige Pflicht zur Rückstellungsbildung, haben wir dies auch bereits getan. Damit komme ich zu dem grundlegenden Unterschied in diesem Haushaltsplan. Im Herbst hatte die Verwaltung die Fraktionen bereits zum Gespräch gebeten, um über die angespannte Haushaltslage zu informieren. Daraufhin wurde die Einbringung des Haushaltes verschoben. Mit einer Unterbrechung aufgrund des Cyberangriffs hat die Verwaltung seither interne Haushaltsgespräche geführt und teils drastische Kürzungen der Planansätze vorgenommen. Pauschale Ansätze für Eventualitäten und nicht pflichtgemäße Aufgaben der Kommune außerhalb von Erfahrungsansätzen finden sich so gut wie gar nicht mehr im Haushaltsplan. So sind beispielweise Ansätze für Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept gestrichen worden. Einige Kürzungen richten sich auch gegen bestehende Ratsbeschlüsse, was den Mitgliedern des Rates bereits mitgeteilt wurde. Ziel der Streichungen war alleine die Abwendung der Haushaltssicherung.

Wo stehen wir nun nach den Kürzungen? Es folgt die Übersicht der Jahresergebnisse:



Bürgermeister Alfred Schmidt hat bereits vorweggenommen, was wir alle vielleicht ein Stück weit schon erwartet haben. Für den Mittelfristzeitraum werden durchweg hohe negative Jahresergebnisse geplant. Aber auch der Blick auf die Jahre 2021 bis 2023 macht das zuvor Beschriebene deutlich. Die Gewerbesteuererträge sind zwar nochmals gestiegen, die Ergebnisse dagegen fallen teils recht moderat aus. Wir haben es hier also mit einem Abwärtstrend zu tun, der unter dem Deckmantel steigender Gewerbesteuererträge schon seit einigen Jahren besteht.

Die Übersetzung der Jahresergebnisse in die Entwicklung des Eigenkapitals folgt nun:



In den letzten Jahren konnte die Ausgleichsrücklage, hier in blau dargestellt, aufgebaut werden. Ab 2024 werden die negativen Jahresergebnisse aber genau über diesen Puffer abgebaut, so dass die Ausgleichsrücklage Ende 2027 vollständig aufgebraucht sein wird. Mit den Einschnitten bei dem darauffolgenden Abbau der Allgemeinen Rücklage, hier in gelb dargestellt, befinden wir uns dabei nur 600 T€ entfernt von der Haushaltssicherung. In den letzten Tagen ist öfter das Sprichwort „Spitz auf Knopf“ gefallen und genau das ist es.

Eine weitere Besonderheit in diesem Haushalt muss auch nach Ergebnispräsentation noch vorgestellt werden. Unsere Planungen basieren nämlich auf dem Entwurf des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes, das erst Anfang März rückwirkend für 2023 ff. in Kraft treten soll. Der Gesetzesentwurf bietet den Kommunen die Möglichkeit, pauschale Kürzungen in Höhe von 2% der Summe der ordentlichen Aufwendungen anzusetzen. Das Instrument nennt sich globaler Minderaufwand. Nach aktuell geltendem Recht sind es nur 1%. In Vorjahren haben wir keinen Gebrauch davon gemacht. Im Haushaltsplanentwurf 2024 ist dagegen erstmalig ein globaler Minderaufwand von 2% angesetzt worden. Das macht über den Mittelfristzeitraum rd. 3,1 Mio. € Ergebnisverbesserung aus. Zuvor hatte ich gesagt, dass wir mit rd. 600 T€ entfernt von der Haushaltssicherung planen. Ohne Ansatz eines globalen Minderaufwandes stünden wir demnach in der Haushaltssicherung. Das Instrument ähnelt der Bilanzierungshilfe für die Corona- und Ukraine-bedingten Finanzschäden aus den Vorjahren. Der Unterschied ist, dass die pauschalen Kürzungen im laufenden Ergebnis auch tatsächlich eingespart werden müssen.

Die Haushaltssicherung scheint aktuell zwar knapp abgewehrt, dies aber zum Preis von spürbaren Haushaltskürzungen. Dabei wurde bereits wirklichkeitsnah geplant. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen wird sich die Frage nach dem Haushaltsausgleich Ende des Jahres wieder stellen und das nach aktuellen Entwicklungen unter noch schlechteren Voraussetzungen.

Bei der letzten Haushaltseinbringung habe ich vom Wissen um die finanziellen „Leitplanken“ gesprochen. Deutlicher als heute kann man sie nicht darstellen und umso deutlicher müssen künftig auch unsere Entscheidungen und die Konsequenzen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Carolin Stich

Kämmerin